

IDA-Infomail

Nummer 4

Juni 2021, 22. Jg.

Editorial

● Neues von IDA, IDA-NRW & OBR	2
● Vielfalt-Mediathek	6
● Mitgliedsverbände	8
● Aktion & Information	11
● Seminare & Tagungen	24
● Feier- & Gedenktage	30
● Impressum	31

Editorial

Ein Sommer der strahlenden Sportereignisse sollte es werden. Erst die Europameisterschaft und dann die Olympischen Sommerspiele in Tokio.

Jedoch wurden beide Großereignisse auch zu einem Ort der Auseinandersetzung über Rassismus und Diskriminierung. Während in Tokio Patrick Moster, der Sportdirektor des Bundes Deutscher Radfahrer nach seinen rassistischen Aussagen gegenüber zwei Radfahrern aus Algerien und Eritrea von der Union Cycliste Internationale suspendiert wurde, gab es bei der EM eine breite Debatte darüber, ob die Münchner Allianz Arena beim Spiel Deutschland gegen Ungarn in Regenbogenfarben erstrahlen darf. Das Stadion sollte mit diesem Zeichen der LSBTIAQ*-Community beleuchtet werden, um gegen das neue Gesetz in Ungarn zu protestieren, das unter 18-jährigen jungen Menschen den Zugang zu Informationen über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt verbietet. Diese symbolträchtige Aktion wurde von der UEFA unterbunden – unter Berufung auf die politische Neutralität des Fußballs. Das wurde als Einknicken des organisierten Fußballs, der sich Vielfalt auf die Fahnen schreibt, vor dem ungarischen Präsidenten kritisiert.

Auch in Deutschland fiel immer wieder das Stichwort „Neutralität“. Schließlich gibt es in Deutschland im Bereich von Nichtregierungsorganisationen, die politische Bildungsarbeit anbieten oder sich politisch positionieren, eine Debatte über die Grenzen der politischen Betätigung im Rahmen der Gemeinnützigkeit. So hat der Bundesfinanzhof die Aberkennung der Gemeinnützigkeit des

globalisierungskritischen Vereins „Attac“ damit begründet, dass der Verein in seiner Bildungsarbeit zu sehr „die politische Willensbildung und die öffentliche Meinung im Sinne eigener Auffassungen“ beeinflussen wolle. Auch andere Vereine mit kritischen politischen Positionen haben dieses Urteil als Einschränkung der politischen Bildungsarbeit empfunden. Wenn Vereine und Organisationen sich nicht mehr trauen, sich öffentlich politisch zu positionieren, weil sie befürchten müssen, dass ihnen dann die Gemeinnützigkeit aberkannt wird, leidet die politische Auseinandersetzung in der Zivilgesellschaft und die aktive Rolle von NGOs.

Aus gemeinnützigkeitsrechtlicher Perspektive hätte die Allianz Arena in Deutschland in Regenbogenfarben erstrahlen können. Denn sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sind Ausdruck der in Artikel 1 des Grundgesetzes garantierten Menschenwürde und Diskriminierungen verletzen zudem den Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3. Die Haltung der UEFA, aber auch deutscher Kommentator:innen hat deutlich gemacht, dass die Rechte der LSBTIAQ*-Community noch nicht ausreichend gesichert sind.

Der neue IDA-Reader beschäftigt sich – übrigens in Regenbogenfarben – mit Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten in der Migrationsgesellschaft und ermöglicht einen intersektionalen Blick auf dieses Thema auch aus der Perspektive der Jugend(verbands)arbeit.

Jana Baumeister

IDA informiert:

■ Neuer IDA-Reader erschienen: Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten in der Migrationsgesellschaft

Die eigene Sexualität und die Geschlechtsidentität sind ein wichtiger Teil des eigenen Identitätsbildungsprozesses. Jedoch kann dieser Prozess gerade im jugendlichen Alter gestört werden. Jugendliche, die sich selbst nicht in die binären Geschlechtskategorien einordnen wollen, erleben häufig, dass ihre Sexualität und ihre Geschlechtsidentität in Frage gestellt werden und sie sich dafür rechtfertigen müssen. In diesem Reader liegt der Fokus besonders auf jungen LSBTIQ* of Color.

Was machen solche Erfahrungen mit LSBTIQ* Jugendlichen? Wie gehen sie damit um? Welche Möglichkeiten der Unterstützung und Beratung können sie wahrnehmen? Der Reader beleuchtet diese Fragestellungen aus verschiedenen Perspektiven und zeigt auf, wie die Jugend(verbands)arbeit jugendliche LSBTIQ* of Color dabei unterstützen kann, den Prozess der Entwicklung der eigenen Sexualität und Geschlechtsidentität zu begleiten.

Gleichzeitig zeigt der Reader auf, an welchen Stellen eine größere Sensibilisierung im Umgang mit Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten im Kontext der Migrationsgesellschaft stattfinden muss. Denn junge LSBTIQ* of Color erleben oft eine Mehrfachdiskriminierung in unserer Gesellschaft. Nicht nur ihre Sexualität und Geschlechtsidentität wird hinterfragt, auch ihre vermeintliche Herkunft müssen sie ständig erklären. Deshalb ist eine intersektionale Sichtweise auf dieses Thema unumgänglich.

Umfassend kommen Praktiker:innen aus der Jugend(verbands)arbeit zu Wort, die Erfahrungsberichte im Umgang mit LSBTIQ* Jugendlichen in der Migrationsgesellschaft einfließen lassen. Ebenso sind Stimmen aus diversen Communitys im Reader vertreten.

Zentrale Begrifflichkeiten, wie LSBTIQ*, non-binary oder Cis-gender werden in einem Glossar erläutert.

Bis zu drei Exemplare des Readers können bei IDA gegen eine Versandpauschale von 3,00 Euro zuzüglich der gewichtsabhängigen Portokosten über die IDA-Webseite unter www.IDAev.de/publikationen/reader bestellt oder dort kostenlos als PDF heruntergeladen werden.

Nora Warrach (Hg.):

Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten in der Migrationsgesellschaft, Düsseldorf 2021: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.

■ Neue Kollegin bei IDA e. V.

Dyana Rezene ist seit Mitte August als Bildungsreferentin bei IDA e. V. tätig. Zuvor arbeitete sie bei einem Träger der freien Jugendhilfe in Bonn und freut sich nun diese Erfahrung in den Bereich politischer Bildung einfließen lassen zu können. Ihre Themenschwerpunkte sind Anti-Bias, Rassismuskritik und Diskursanalyse.

■ Neue Kollegin bei der Opferberatung Rheinland

Sabrina Hosono ist seit August als Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit Teil des OBR Teams. Sie arbeitet aus BPoC-Perspektive und vertritt als politische Bildnerin einen ressourcenorientierten, machtkritischen Ansatz. Sie freut sich darauf, dazu beitragen zu können, dass Betroffenenperspektiven in der Auseinandersetzung mit und im Diskurs von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt stärker Gehör finden.



IDA Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. Reader für Multiplikator:innen in der Jugend- und Bildungsarbeit

IDA informiert:

■ Stellenausschreibung des IDA e. V. für die Opferberatung Rheinland

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA) sucht für die Opferberatung Rheinland (OBR) ab dem 1. Oktober 2021 oder zu einem späteren Zeitpunkt

eine:n Leiter:in

Aufgabenbereiche:

- Leitung und Koordination der Opferberatung Rheinland (OBR)
- Fachliche Anleitung von Berater:innen, Projektmitarbeiter:innen und weiteren für die OBR tätigen Personen, Personalplanung, Teamentwicklung
- Fachliche Begleitung der Beratung sowie der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit
- Koordination der Außendarstellung der OBR, Vertretung der OBR bei staatlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen, Einbringung der Betroffenenperspektive
- Schärfung des Profils der OBR als parteiliche Interessenvertretung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- Kooperation mit der Beratungsstelle Back Up für Westfalen-Lippe
- Erstellung von Berichten für den Vorstand, Sachberichten und Mitwirkung bei der Erstellung von Förderanträgen in Absprache mit der Geschäftsführung
- Verantwortung für die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben
- Krisenintervention im Konfliktfall zwischen Mitarbeiter:innen, Beratungsnehmer:innen und /oder Vertreter:innen anderer Institutionen
- Mitwirkung bei der Weiterentwicklung von Qualitätsstandards, Teilnahme an internen und externen Qualitätsdialogen

Voraussetzungen:

- Hochschulabschluss im Bereich Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaften, Soziale Arbeit, Psychologie oder vergleichbare Qualifikationen und einschlägige Berufserfahrung

- Erfahrungen in psychosozialer Beratungsarbeit bzw. Erfahrungen in der Beratungsarbeit mit Gruppen potenziell Betroffener
- Vertiefte Kenntnisse in mehreren der folgenden Themenfelder: Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ideologieelementen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- Kenntnisse rechtlicher Grundlagen in den Themenbereichen der OBR und förderrechtlicher Fragen
- Teamfähigkeit sowie reflexiver und kollegialer Leitungsstil
- Fähigkeit zum flexiblen, eigenverantwortlichen und strukturierten Arbeiten

Wir bieten:

- Eine abwechslungsreiche Führungsposition in einem gesellschaftlich relevanten Tätigkeitsbereich
- Supervision, fachliche Weiterbildung, regelmäßige Teambesprechungen
- Möglichkeiten zur Weiterbildung im Themenfeld Rassismus, De-/Privilegierung und Empowerment
- Räume für die Selbst- und Teamreflexion
- Vergütung in Anlehnung an TV-L 13

Es soll eine Stelle mit einem Umfang von 80 % einer vollen Stelle besetzt werden. Der Arbeitsort ist Düsseldorf. Die Stelle ist aufgrund des Förderzeitraums zunächst befristet bis zum 31. Dezember 2024. Eine Übergabe mit der bisherigen Leitung wird bei frühzeitigem Stellenantritt angestrebt.

Wir freuen uns besonders über Bewerbungen von Personen mit machtkritischer und diskriminierungssensibler Haltung, welche einen entsprechenden Ansatz auch innerhalb Ihrer professionellen Arbeit vertreten. Dem IDA e. V. und dem Team der OBR ist es ein besonderes Anliegen, möglichst vielfältige Perspektiven und Erfahrungshintergründe in unsere Arbeit einzubeziehen. Daher werden Personen mit vielfältigen Perspektiven, Erfahrungshintergründen und Bezügen zum Arbeits-

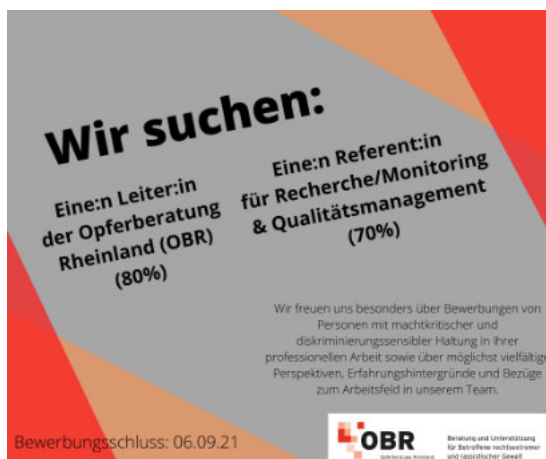
feld bei gleicher Qualifikation besonders berücksichtigt.

Bitte senden Sie Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis Montag, den 6. September 2021 in einer PDF-Datei von maximal 5 MB an die E-Mailadresse:

bewerbung@ida-nrw.de

Die Bewerbungsgespräche finden voraussichtlich am 14. September in der Geschäftsstelle in Düsseldorf statt.

Ausführliche Informationen über den Verein IDA e. V., IDA-NRW und die OBR finden Sie auf der IDA-Website unter www.IDAeV.de, unter www.IDA-NRW.de und www.opferberatung-rheinland.de.



■ Stellenausschreibung des IDA e. V. für die Opferberatung Rheinland für eine:n Referent:in für Recherche/Monitoring und Qualitätsmanagement

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuarbeit e. V. (IDA) sucht für die Opferberatung Rheinland (OBR) ab dem 1. Oktober 2021 oder zu einem späteren Zeitpunkt

eine:n Referent:in für Recherche/Monitoring und Qualitätsmanagement

Aufgabenbereiche:

- Hauptverantwortung für Recherche und Monitoring von aktuellen und zurückliegenden

Fällen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bei der Opferberatung Rheinland (OBR)

- Aufbereitung der recherchierten Fälle für staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen und die bundesweite Statistik rechter Gewalt unter Einbringung der Betroffenenperspektive
- Evaluation der Beratungsarbeit
- Kooperation mit der Beratungsstelle Back Up für Westfalen-Lippe
- Koordination der Fallbearbeitung im Austausch mit dem Beratungsteam
- Qualitätsmanagement für das Beratungsteam
- Mitwirkung bei der Weiterentwicklung von Qualitätsstandards, Teilnahme an internen und externen Qualitätsdialogen
- Ausbau der Kontakte zu Sicherheitsbehörden und Kooperationspartnern zur Unterstützung der Recherche und zur Steigerung der Bekanntheit der OBR

Voraussetzungen:

- Hochschulabschluss im Bereich Sozialwissenschaften, Soziale Arbeit oder vergleichbare Qualifikationen
- Möglichst eigene Erfahrungen in der Beratungsarbeit
- Vertiefte Recherchekompetenzen
- Vertiefte Kenntnisse in mehreren der folgenden Themenfelder: Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ideologieelementen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- Kenntnisse gängiger statistischer Auswertungsmethoden sowie Kenntnis zugehöriger Programme
- Möglichst Kenntnisse der einschlägigen rechtlichen Grundlagen
- Teamfähigkeit, inhaltliche und zeitliche Flexibilität, persönliches Engagement
- Fähigkeit zu eigenverantwortlichem und strukturiertem Arbeiten

Wir bieten:

- Eine abwechslungsreiche Aufgabe in einem gesellschaftlich relevanten Tätigkeitsbereich

- Supervision, fachliche Weiterbildung, regelmäßige Teambesprechungen
- Möglichkeiten zur Weiterbildung im Themenfeld Rassismus, De-/Privilegierung und Empowerment
- Räume für die Selbst- und Teamreflexion
- Vergütung in Anlehnung an TV-L 11

Es soll eine Stelle mit einem Umfang von 70 % einer vollen Stelle besetzt werden. Der Arbeitsort ist Düsseldorf. Die Stelle wird durch zusätzliche Mittel des Bundes neu eingerichtet. Die derzeitige Bewilligung ist befristet bis zum 31. Dezember 2021. Eine Weiterbeschäftigung über den 31. Dezember 2021 hinaus soll über eine dreijährige Bewilligung erfolgen, die vom Förderer bereits in Aussicht gestellt wurde.

Wir freuen uns besonders über Bewerbungen von Personen mit machtkritischer und diskriminierungssensibler Haltung, welche einen entsprechenden Ansatz auch innerhalb Ihrer professionellen Arbeit vertreten. Dem IDA e. V. und dem Team der OBR ist es ein besonderes Anliegen, möglichst vielfältige Perspektiven und Erfahrungshintergründe in unsere Arbeit einzubeziehen. Daher werden Personen mit vielfältigen Perspektiven, Erfahrungshintergründen und Bezügen zum Arbeitsfeld bei gleicher Qualifikation besonders berücksichtigt.

Bitte senden Sie Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis Montag, den 6. September 2021 in einer PDF-Datei von maximal 5 MB an die E-Mailadresse: bewerbung@idaev.de

Die Bewerbungsgespräche finden voraussichtlich am 16. September in der Geschäftsstelle in Düsseldorf statt.

Ausführliche Informationen über den Verein IDA e. V., IDA-NRW und die OBR finden Sie auch unter www.IDAeV.de, www.IDA-NRW.de und www.opferberatung-rheinland.de.



■ OBR-Spendenaufwurf für einen Beratungsfall

„Wir sind aus dem Krieg geflohen, hinein in ein offenes Gefängnis“

1994: Zwei Wochen nachdem die 12-jährige Jasminka J. in Folge eines allem Anschein nach rassistischen Brandanschlags in einer Notunterkunft in Köln ihren Verletzungen erlag, folgte für ihren Vater Dragan J. und seine Familie der Abschiebebescheid nach Serbien.

2021: Seit mehr als 27 Jahren droht der Roma-Familie die Abschiebung. 27 Jahre in Unsicherheit. 27 Jahre in Ungewissheit. 27 Jahre ohne Gerechtigkeit.

Die von den Strapazen gezeichnete Familie hat nun durch solidarische Menschen in Serbien einen möglichen Plan B in Aussicht gestellt bekommen. Ein älteres Haus würde zur Not der Familie zur Verfügung gestellt werden, sollte sie abgeschoben werden. Der Haken hierbei ist jedoch das vom Einsturz gefährdete Dach des Hauses. Während das Innere die letzten unbewohnten Jahre trocken überstanden hat und auch nachhaltig nutzbar sein wird, droht das Dach komplett einzustürzen. Die zukünftige Nutzbarkeit des Hauses ist demnach massiv gefährdet. Um das Dach reparieren zu lassen, fehlen der Familie die notwendigen finanziellen Mittel.

Wenn ihr die Familie J. mit einer Spende unterstützen möchtet, findet ihr den PayPal-Spendenbutton unter:

www.opferberatung-rheinland.de

Ihr könnt die Spende auch auf das Konto von IDA e. V. überweisen:

IBAN: DE44 3005 0110 0047 0223 06

**BIC: DUSSEDDXXX Stadtparkasse
Düsseldorf**

Verwendungszweck: Unterstützung Familie J.

Hier geht es zum Spendenaufwurf auf der OBR Website: <https://tinyurl.com/t754a46a>

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und der entsprechenden Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Audios und Videos können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert oder heruntergeladen werden. Der Newsletter der Vielfalt-Mediathek stellt in jeder Ausgabe einen Themenschwerpunkt und neue Materialien vor. Zur Anmeldung geht es [hier](#).



■ Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Frauenhassende Online-Subkulturen. Ideologien – Strategien – Handlungsempfehlungen

Berlin, 2021, 56 S., Fachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe

Die Handreichung klärt über Ideologien und Strategien frauenhassender Online-Subkulturen auf. Sie legt die historischen und gesellschaftlichen Hintergründe von Frauenhass im Rechtsextremismus dar, erklärt in einem Glossar die gängigsten antifeministischen Online-Codes und schließt mit umfangreichen Handlungsempfehlungen für Jugendarbeit, Politik und Sicherheitsbehörden sowie für eine aufgeklärte Zivilgesellschaft.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/v394c7ws>.



■ Demokratiezentrum Baden-Württemberg (Hg.): Begriffe und Konzepte aus dem Arabischen und Türkischen im islamischen Kontext

2021, 17 S., Fachinformation

Das Glossar gibt einen Überblick zu den arabischen und türkischen Begriffen, die im islamischen Kontext von Bedeutung sind. Dieser Überblick soll Interessierten und Engagierten in der Präventionsarbeit die Bedeutung des jeweiligen Begriffs näherbringen. Viele der Begrifflichkeiten sind natürlich in ihrer Erklärung und Bedeutung wesentlich komplexer. Daher sind am Ende des Glossars auch weiterführende Quellen bzw. Literatur zu finden.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/yrsa4ct8>.



■ Beratungsstelle Support für Betroffene rechter Gewalt des RAA Sachsen e. V./Opferperspektive Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt/zebra – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e. V. (Hg.): Rechte Angriffe im Netz. Auswirkungen und Handlungsempfehlungen

2021, 16 S., Fachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe

Die Broschüre stellt Handlungsempfehlungen vor, wie man sich vor rechten, rassistischen und antisemitischen Bedrohungen im Netz schützt. Außerdem gibt die Broschüre Hilfestellungen für Betroffene mit an die Hand, die helfen sollen mit solchen Vorfällen umgehen zu können. Dazu gehört auch die Vorstellung juristischer Möglichkeiten. Fallbeispiele aus der Praxis der Fachberatungsstellen unterstützen die Handlungsempfehlungen zusätzlich.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/p4yr2x9u>.



■ **RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Hg.): Perspektywa. Od pogranicza do spotkania – Vom Grenzraum zum Begegnungsraum**

2019, 84 S., Fachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe

Die Broschüre stellt die Methoden und Erfahrungen des Projekts „perspektywa – Zusammenleben und Beteiligung stärken“ vor. Das Projekt schafft in den Grenzregionen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg Austausch- und Teilnehmungsformate für alle Bürger:innen. Die Bereitstellung von Bildungs- und Informationsangeboten für eine politische Teilhabe polnischer Zuwander:innen ist dabei genauso Teil des Projekts wie der Abbau demokratiefeindlicher Einstellungen. Das Ziel ist, ein gleichwertiges Zusammenleben zu ermöglichen und die gegenseitige Akzeptanz zu befördern.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/bf8s7ut3>.



■ **Amadeu Antonio Stiftung/Forschungsgruppe Modellprojekte e. V./ Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.) Über den juristischen Umgang mit Rechtsextremismus**

Hannover, 2021, 35 S., Fachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe

Bestandteil von Gamingwelten ist, neben vielen positiven Bereichen, aber auch toxische und abwertende Kommunikation in Spielechats. Das bietet natürlich Rechtsextremen gute Andockmöglichkeiten. Die Handreichung trägt dieser Gefahr Rechnung. Sie liefert Einblicke in den Kulturbereich Gaming, sie stellt dar, wie in den Gamingszenen über politische Themen berichtet wird und sie präsentiert zusätzlich Ansätze, wie sich eine digitale Zivilgesellschaft beim Thema „Gaming und Rechtsextremismus“ positionieren kann.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/p5afd2y>.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der:die Autor:in bzw. tragen die Autor:innen die Verantwortung.

■ Bund der Deutschen Landjugend – Aufgepasst! hilft mit Rückhalt und Argumenten

(BDL) „Im Alltag für die eigenen Überzeugungen einstehen, sie gegen grobe Angriffe und hemdsärmeligen Unsinn zu verteidigen – das braucht Mut und Wissen“, stellt Lukas Stede klar. Das gelte für jede Form der Zivilcourage, egal ob wir hinschauen, wenn andere sich wegducken, oder ob wir aktiv eingreifen, wenn andere in Gefahr sind, schiebt der stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) e. V. hinterher. Doch auch

Zivilcourage lässt sich ein Stück weit lernen, davon sind er und sein Verband überzeugt.

Dabei soll die Vortragsreihe „Aufgepasst!“

helfen, zu der die Niedersächsische Landjugend (NLJ) gemeinsam mit dem BDL einlädt. Einmal wöchentlich gibt es für rund zwei Stunden geballtes Wissen zu Antisemitismus, Rassismus, Extremismus und Verschwörungstheorien. Dafür haben sie sich unterschiedlichste Talkgäste eingeladen, die ihr Wissen online mit den Interessierten des größten Jugendverbandes in den ländlichen Räumen teilen.

Zwei Monate lang vermitteln BDL und NLJ auf diesem Weg aktiv Wissen. Sie geben Argumentationshilfen, machen auf Denk- und Verhaltensmuster aufmerksam, skizzieren den aktuellen Diskussionsstand und decken versteckten Antisemitismus und Rassismus auf. „Wir wollen aufklären, informieren und qualifizieren. Wenn Menschen sich in der Sache sicher sind und nicht allein fühlen, fällt es ihnen leichter, mutig zu sein, sich einzumischen und Gesicht zu zeigen“, so der BDL-Vize.



Wir begegnen in unserem Alltag ganz unterschiedlichen Herausforderungen, in denen unsere Werte angegriffen und unsere Mitmenschen verletzt werden. Auch da helfen die Gespräche mit den Aufgepasst!-Fachleuten. „Sie machen deutlich, dass jede und jeder von uns dazu beitragen kann, wie wir miteinander leben. Wir setzen uns für gegenseitigen Respekt und Offenheit, Vielfalt und unsere Demokratie ein“, fasst Lukas Stede für den BDL zusammen.

Für ihn wie für seinen Jugendverband steht fest: „Wer die in unserem Grundgesetz festgeschriebene Würde des Menschen missachtet, der rüttelt am Fundament unserer Gesellschaft und greift unser friedliches Zusammenleben an. Die Würde des einzelnen Menschen ist unantastbar. Das gilt für jeden Menschen in unserem Land – unabhängig von Religion, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung. Dafür einzustehen, ist gerade in diesen Zeiten wichtig, und zwar nicht nur am 19. September, dem Tag der Zivilcourage. Wir als Jugendverband bieten hier Rückhalt und Unterstützung.“

Weitere Informationen zur Vortragsreihe sind unter <https://nlj.de/aufgepasst.html> abrufbar.

■ Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland – Bildungsangebote im Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit

Antimuslimischer Rassismus befindet sich in der Mitte der Gesellschaft. Als Jugendverband ist es notwendig, die eigenen Strukturen zu reflektieren und für das Thema zu sensibilisieren werden. Gemeinsam mit der Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD), dem Muslimischen Jugendwerk (MJW) und der Koptischen Jugend Deutschlands bietet die aej



passgenaue Fortbildungsformate für Haupt- und Ehrenamtliche Mitarbeitende in der Jugend-(verbands)arbeit an.

Die Teamer:innen bieten die Workshops ausschließlich im muslimisch-christlichen Tandem an. Unter folgenden Kontaktdaten kann ein Workshop gebucht werden:

Franziska Vorländer

Projektleiterin für Kompetenznetzwerk
Prävention Islam- und Muslimfeindlichkeit

fv@aej-online.de

Tel.: 05 11/ 12 15 12 3

<https://www.aej.de/bildungsangebote-knw-imf>

■ Deutsche Sportjugend – Neue Materialien zur politischen bzw. parteipolitischen Neutralität im Sport

Muss der Sport politisch oder parteipolitisch neutral sein – und wo genau ist der Unterschied? Muss ich mein Vereinsheim allen Parteien vermieten oder kann ich das selbst entscheiden? Und wie sieht das bei einer Podiumsdiskussion aus, die ein Verein mit politischen Vertreter:innen vor Ort organisieren möchte? Darf ein Aufruf zu einer Demonstration unterstützt werden? Und ist dann die Gemeinnützigkeit in Gefahr? Diese Fragen, die sich (nicht nur) in Sportvereinen stellen, hat die Deutsche Sportjugend (dsj) mit Hilfe von Rechtsgutachten und digitalen Workshops intensiv bearbeitet und nun mehrere Veröffentlichungen zum Thema „RECHTSsicherheit – Politisch neutral?!“ veröffentlicht.

Benny Folkmann, Zweiter Vorsitzender der Deutschen Sportjugend und früheres IDA-Vorstandsmitglied sagt dazu: „Gerade Verbände und Vereine, die sich klar und deutlich für ein faires und demokratisches Miteinander einsetzen, werden immer wieder gezielt unter Druck gesetzt. Mit unseren Maßnahmen zeigen wir, dass die Deutsche Sportjugend an der Seite dieser Sportvereine und Sportverbände steht – auch, wenn es einmal ungemütlich wird.“

Die Grundlage der nun veröffentlichten Materialien bietet ein rechtswissenschaftliches Gutachten von Prof. Dr. Martin Nolte, Leiter des

Instituts für Sportrecht an der Deutschen Sporthochschule Köln, das die dsj bereits 2020 bei ihm in Auftrag gegeben hatte (vgl. <https://tinyurl.com/jfttckjk>).



Die zentralen Punkte des Gutachtens um Fragen von Neutralität, Positionierungen, Vermietungen und Einladungen erläutert Prof. Nolte zudem in einer vierteiligen Video-Reihe (vgl. <https://tinyurl.com/yxpf95e2>).

Für einen schnellen und niedrighschwelligem Zugang ist – ebenfalls auf Basis dieses Gutachtens – die Handreichung „RECHTSsicherheit – Politisch neutral?!“ entstanden, die einen ersten Überblick zu diesen Fragen gibt (vgl. <https://tinyurl.com/yahx9w42>).

Einen Einblick in das Thema politischer Neutralität im Sport bietet zudem der ebenfalls neu erschienene Erklärfilm „Neutralität im Sport – Was bedeutet das im Vereinsalltag?“ (vgl. <https://tinyurl.com/vrwnpa9v>).

■ BDKJ – Neuigkeiten von Zukunftszeit

Die Aktion „Zukunftszeit“ des BDKJs steht dem Erreichen des Ziels von 35.000 Stunden Engagement für ein buntes Land – also einer Legislaturperiode – kurz bevor: 28.533 Stunden, 1.189 Tage oder 3,5 Jahre gesammelte Zukunftszeit sind auf der Website www.zukunftszeit.de eingetragen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass noch ein halbes Jahr bzw. 269 Tage bzw. 6.467 Stunden vor den Engagierten liegen.

Am 18. und 19. September wird das Abschlusswochenende in Berlin stattfinden. 18 ausgeloste Gruppen treffen zum ersten Mal seit langem wieder im Verband aufeinander. Das Programm ist bunt und reicht von thematischen Workshops über einen Konzertabend im Festsaal Kreuzberg mit Cris Cosmo und den Queen Bees and the Beat und endet mit einer Kreidemalaktion für ein buntes Land auf der Michaelbrücke. Engagierte, die nicht ausgelost wurden können noch ein

Video zu „Die Anderen“ <https://tinyurl.com/2c8mfuwm> einschicken und so auch an der Abschlussveranstaltung teilnehmen. Teilnehmende können sich an der Choreographie auf dem Instagram-Account orientieren oder einfach Freestyle nach Lust und Laune vor einem coolen Hintergrund tanzen. Das Video kann dann auf <https://tinyurl.com/y4xft63a> (bis 19. September) abgelegt werden. In der Cloud findet sich auch ein bisschen Inspiration. Mit etwas Glück ist diese Sequenz dann im finalen Video zu sehen.



■ DSPG veröffentlicht Leitfaden für einen sensiblen Sprachgebrauch

Die Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg befasst sich seit einigen Jahren auch mit den Querschnittsthemen Geschlechtergerechtigkeit und sexuelle Vielfalt. Mit ihrem Engagement möchte die DSPG als Jugendverband einen Beitrag leisten, Diversität im Leben der Pfadfinder:innen zu stärken und zur Normalität zu machen. Transportmedium für ein diskriminierungsfreies und achtsames Miteinander ist Sprache. Daher

hat eine Arbeitsgruppe der DSPG einen Leitfaden für einen sensiblen Sprachgebrauch entwickelt, der informiert und Möglichkeiten aufzeigt.

Der Leitfaden richtet sich an alle Personen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen wollen, innerhalb und außerhalb der DSPG.

Der Leitfaden kann auf der folgenden Seite kostenfrei heruntergeladen werden:

www.dpsg.de/de/verbandsleben/themen/geschlechtergerechtigkeit

deutsche pfadfinderschaft sankt georg



■ Die DGB-Jugend trauert um Esther Bejarano

„Die DGB-Jugend trauert um die Holocaust-Überlebende Esther Bejarano, die am 10. Juli 2021 im Alter von 96 Jahren verstorben ist. Die Musikerin und Aktivistin hat es wie kaum eine andere verstanden, vor allem mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und die Erinnerung an die Schrecken der NS-Herrschaft und des Holocaust wachzuhalten. Für die Gewerkschaftsbewegung war sie eine ganz besondere Mitstreiterin gegen Faschismus und für gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Als junge Frau wurde Esther in das Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück deportiert. Sie setzte sich zeitlebens für den Kampf gegen Faschismus ein. Die Gewerkschaftsjugend konnte sie bei vielen Gelegenheiten erleben. Ein Highlight war die Gedenkstättenfahrt der DGB-Jugend mit rund 1.000 Jugendlichen im Jahr 2015.

Bejaranos Devise: „Für mich ist der Antifaschismus das Wichtigste, das wir haben, um zu verhindern, dass diese Rechtsradikalen Oberhand bekommen. Und das ist meine feste Überzeugung.“ Und an die Jugend gerichtet: „Ihr tragt keine Schuld für das was passiert ist, aber ihr macht euch schuldig, wenn es euch nicht interessiert.“ Esther Bejaranos Stimme wird fehlen.

Esther Bejarano liebte den Kontakt zu jungen Menschen und blieb dadurch selbst jung. Häufig war sie auf Veranstaltungen von Jugendverbänden zu Gast oder auf Gedenkveranstaltungen mit jungen Menschen. Viele Menschen aus den Mitgliedsverbänden des IDA e. V. hatten das Glück sie kennenlernen zu dürfen und mit ihr zu diskutieren. Nicht zuletzt ihre Meinungsstärke war eine immerwährende Mahnung „Nie wieder!“ Beeindruckend war ihr Optimismus, den sie auch im Glauben an junge Menschen immer wieder neu fand. Und unvergessen bleiben ihre Energie und Präsenz bis ins hohe Alter.

Hier ein Link zu einem Zeitzeuginnengespräch mit Esther Bejarano: https://www.die-letzten-zeugen.de/Esther-Bejarano-1924-2021_index41.htm

Ein Meilenstein: Yezidinnen erfahren Gerechtigkeit

Am 19. Juni war der Internationale Tag der Beseitigung von sexualisierter Gewalt in Konflikten. Nur wenige Tage zuvor fiel ein geschichtsträchtiges Urteil: Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf urteilte zum ersten Mal, dass yezidische Frauen versklavt und vergewaltigt wurden, weil sie eben yezidische Frauen sind. Der Fall kurz zusammengefasst: Sarah O. hatte sich als Minderjährige der Terrorvereinigung „Islamischer Staat“ angeschlossen und in Syrien Yezidinnen als Sklavinnen gehalten. Deshalb wurde sie vom OLG Düsseldorf mit sechseinhalb Jahren Gefängnis bestraft. Die heute 23-Jährige wurde wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Versklavung sowie durch religions- und geschlechtsbezogene Verfolgung schuldig gesprochen.

Die juristische Aufarbeitung ist für die mutigen Überlebenden und Opfer sexualisierter Gewalt enorm wichtig! Denn die Geschichte der Gewalt und Entrechtung der Yeziden und Yezidinnen muss erzählt, gehört und anerkannt werden. Das Urteil ist ein Fortschritt und es gibt den Betroffenen Hoffnung, dass über ihr Schicksal gesprochen wird. Dafür setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker seit Jahrzehnten ein.

Das Urteil ist nachzulesen unter: <https://tinyurl.com/ejd3kpra>

Kinderstark Magazin – Kompetenzen, Empowerment und Wissen für starke Kinder

Diskriminierung ist ein großes Problem in Deutschland. Laut wissenschaftlichen Studien nehmen rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten zu. Jedes dritte Kind wird Opfer von Diskriminierung. Unsere Gesellschaft ist vielfältig und doch wird Vielfalt zunehmend als Gefahr und Bedrohung wahrgenommen.

Dem soll etwas entgegengesetzt werden. Mit dem Magazin soll Vielfalt als Bereicherung und

Normalität stärker in den Fokus gerückt werden und Diskriminierung zurückdrängt werden. Und wie soll das geschehen? Indem im KINDERSTARK MAGAZIN vielfältige Menschen und Leben abgebildet werden und Begriffe rund um Vielfalt und Diskriminierung kindgerecht erklärt werden.



Kinder, die Diskriminierungserfahrung haben, finden im KINDERSTARK MAGAZIN Worte und Erklärungen für ihre Erfahrungen. Kinder, die (noch) keine dieser Erfahrungen haben, werden für das Thema sensibilisiert. Es wird Wissen vermittelt, das den Kindern ermöglicht, sich selbst und/oder andere gegen Diskriminierung zu schützen und zu erfahren, wie vielfältig unsere Gesellschaft ist. Ein Gewinn für alle!

Das Magazin kann unter folgendem Link bestellt werden: <https://www.kinderstark-magazin.de/shop/>

Bundesverband RIAS e. V. – Meldeportal für antisemitische Straftaten

Am 31. Oktober 2018 wurde in Berlin der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. gegründet. Er verfolgt das Ziel, mit Hilfe des Meldeportals www.report-antisemitism.de bundesweit eine einheitliche zivilgesellschaftliche Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle zu gewährleisten.

Weitere Informationen finden sich unter folgendem Link: <https://www.report-antisemitism.de/>

■ Handreichung für die Voraussetzungen einer Berufsausbildung für geflüchtete Jugendliche

Der Zugang zu Berufsausbildung und Berufsausbildungsförderung hat für die Integration Geflüchteter eine zentrale Bedeutung. Jedoch ist der rechtliche Rahmen, in dessen Ausbildung möglich ist, komplex. Es müssen sozial-, aufenthalts- und asylverfahrensrechtliche Regelungen zu Förderinstrumenten, Beschäftigungserlaubnis und räumlichen Beschränkungen berücksichtigt werden. Der Deutsche Verein will mit seiner neuen Handreichung Praktiker:innen bei der Beratung sowie Leistungsgewährung unterstützen. Ihnen soll die Handreichung als verständliche Praxishilfe dienen.

Die Handreichung ist unter folgendem Link abrufbar: https://jugendsozialarbeit.news/wp-content/uploads/2021/06/DV-25-20_Handreicherung-Gefluechtete.pdf

■ Antimuslimische Diskriminierung kann jetzt online gemeldet werden

Ein neues bundesweites Meldeportal soll anti-muslimische Diskriminierungen und Übergriffe besser sichtbar machen. Betroffene und Zeug:innen können online unter www.i-report.eu etwa Gewalttaten, Angriffe auf Moscheen, Drohbriefe, Schmierereien, Beleidigungen oder Diskriminierungen bei der Job- und Wohnungssuche melden. Die Claim Allianz organisiert das Portal. Das Meldeportal startet zunächst mit einer Erprobungsphase in Deutschland und Österreich. Als nächster Schritt ist geplant, die Eingabe von Fällen auch auf Englisch, Arabisch, Türkisch und Kurdisch zu ermöglichen. In Österreich verzeichnete die dortige Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Diskriminierungen, Beleidigungen und Übergriffen. Die deutschen Sicherheitsbehörden erfassten 2020 bundesweit allein 1.026 islamfeindliche Straftaten.

Zum Portal geht es unter: <https://www.i-report.eu/>

■ Eine Plattform für die kritische Rechtsextremismusforschung in Deutschland

Obwohl der zeitgenössische Rechtsextremismus bereits seit Langem eine große politische Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie ist, existieren für dessen Erforschung kaum institutionalisierte wissenschaftliche Strukturen. Auch eine spezifische Fachzeitschrift, die Befunde und Debatten bündelt, fehlt bisher. Dieses Defizit behebt die neue ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung: ein Journal mit wissenschaftlicher Qualitätssicherung, in dem deutsch- und englischsprachige Beiträge aus allen Disziplinen zu verschiedenen Aspekten des Rechtsextremismus, seinen Ursachen und damit verbundene Gegenstrategien veröffentlicht werden. Die Zeitschrift richtet sich an Forschende und Studierende, aber auch an Praktiker:innen und Interessierte in Behörden, NGOs und Medien.

„Demokratien und der gesellschaftliche Zusammenhalt sind vielerorts bedroht und die weitere Entwicklung noch nicht einschätzbar. Wir sahen eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit, mit der ZRex ein Forum zu schaffen, in dem ein aktiver Austausch über die Entwicklungen stattfinden kann sowie aktuelle Forschungsbeiträge gebündelt öffentlich zur Verfügung gestellt werden“, sagt Mitherausgeber Prof. Dr. Matthias Quent zum Erscheinen des ersten Hefts.

Die ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung wird im Rahmen der Finanzierung des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und erscheint in einem Umfang von rund 200 Seiten pro Heft zwei Mal jährlich als Printausgabe und digital im Open Access im Verlag Barbara Budrich.

Die digitalen Ausgaben und Beiträge der ZRex können unter <https://zrex.budrich-journals.de> aufgerufen werden.

Kontakt zur Zeitschrift kann aufgenommen werden unter: redaktion@zeitschrift-rechtsextremismusforschung.de

■ Interkulturelle Woche

Der bundesweite Auftakt der Interkulturellen Woche wird in diesem Jahr in Rostock gefeiert. Am Sonntag, 26. September 2021, wird die deutschlandweite Aktionswoche mit einem ökumenischen Gottesdienst und einem Einwohner:innenfest offiziell eröffnet. Insgesamt sind in Deutschland rund 5000 Veranstaltungen in mehr als 500 Städten und Gemeinden geplant, das Motto für 2021 lautet #offengeht.

Weitere Infos finden sich unter: [https://](https://www.interkulturellewoche.de/auftakt2021)

www.interkulturellewoche.de/auftakt2021

Alle geplanten Aktionen können hier eingesehen werden: <https://www.interkulturellewoche.de/index.php/datenbank>

■ Podcast – Speakblackgirl

Speakblackgirl ist ein Podcast, um die Stimmen Schwarzer Frauen zu feiern. Der Podcast erscheint wöchentlich und wird von Angie Sorrells moderiert. Themen des Podcasts sind Neues aus Politik, Popkultur und Wirtschaft. Ziel ist es, die Stimmen Schwarzer Frauen zu stärken, die in der Gesellschaft oft überhört werden.

Der Podcast ist zu hören unter folgendem Link: <https://open.spotify.com/show/4trdd4KuaWNef8xn70UIrK>

■ Neu. Deutsch. Entscheidend.

Wer die Wahl hat, hat die Macht. Denn wählen zu können, bedeutet mitzubestimmen. Bisher beteiligen sich noch zu wenige wahlberechtigte Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund an Wahlen in Deutschland. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Die formalen Hürden sind zu hoch, das Prozedere erscheint kompliziert und es fehlt an einer gezielten Ansprache durch die Parteien. Das möchte die vom Autor und Aktivist Ali Can initiierte Aktion #wAlman ändern.

Die Neuen Deutschen sollen ermutigt werden, im September ihre Stimme bei der Bundestagswahl abzugeben – und so mitzuentcheiden, wie sich dieses Land in den nächsten Jahren entwickeln wird. Dafür stellt #wAlman u. a. einen mehrsprachigen Wahlswiper zur Verfügung und zwar auf Deutsch, Englisch, Türkisch, Kurdisch, Arabisch, Farsi und Russisch (vgl. www.votewswiper.org). Er orientiert sich am „Wahl-O-Mat“ der Bundeszentrale für politische Bildung, nimmt aber stärker Themen der Migrationsgesellschaft in den Blick.

Weitere Informationen und digitale Tools finden sich auf der Website <https://ichbinwalman.de/>.

■ NARUD e. V. bietet kostenlose Beratungen für nicht-weiße Eltern an

Seit Ende 2018 gilt folgendes Schulgesetz in Berlin: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf zukunftsfähige, diskriminierungsfreie schulische Bildung und Erziehung ungeachtet insbesondere einer möglichen Behinderung, der ethnischen Herkunft, einer rassistischen Zuschreibung, des Geschlechts, der Geschlechtsidentität, der sexuellen Orientierung, des Glaubens, der religiösen oder politischen Anschauungen, der Sprache, der Nationalität, der sozialen und familiären Herkunft seiner selbst und seiner Erziehungsberechtigten oder aus vergleichbaren Gründen.“

Trotz der Einführung dieses Paragraphen, sieht die Realität vieler junger Menschen in Deutschland anders aus! Der Verein NARUD bietet daher kostenlose Beratungen für nicht-weiße Eltern an, um diese zu unterstützen und sie zu bestärken, sich für ihre Interessen und die ihrer Kinder einzusetzen.

- Wie können Kinder besser im Schulalltag begleitet werden?
- Welche Gründe gibt es, sich in der Schule des eigenen Kindes zu engagieren?
- Was können Eltern machen, die die Sprache der Lehrer:innen am Elternabend nicht verstehen?
- Was kann gemacht werden, wenn das Kind



ungerechte Noten erhalten hat?

- Der:die Lehrer:in diskriminiert Kinder.
- Der:die Lehrer:in/ die Schulleitung macht nichts gegen Diskriminierung in der Klasse/ Schule.
- Das Kind schämt sich für seine Herkunft/ Identität und/oder wird deswegen gemobbt.

Bei Interesse gibt es Informationen unter folgender E-Mailadresse: beratung@narud.org

Weitere Informationen sind zu finden unter: <https://narud.org/narud-e-v/>

■ Was Sie bei der Wahlkampfberichterstattung im Einwanderungsland beachten sollten

In Deutschland leben über 21 Millionen Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund – das sind 26 Prozent der Bevölkerung. Über die Hälfte davon sind deutsche Staatsangehörige. Wenn am 26. September der Deutsche Bundestag und die künftige Regierung gewählt werden, haben 12,3 Prozent der Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund (7,4 Millionen Menschen).

Auch für die 10,1 Mio. Ausländer:innen, von denen die meisten schon lange hier leben, gilt: wer gewählt wird und regiert, betrifft auch sie. Die meisten Medien bilden den Umstand, dass Deutschlands Gesellschaft von Einwanderung geprägt ist, nicht genügend ab. Die Neuen deutschen Medienmacher:innen empfehlen daher eine Checkliste für eine Art „Diversity-Mainstreaming“ in der Wahlberichterstattung. In jedem Bericht, jeder Sendung, jeder Talkshow sollte die Vielfalt der Gesellschaft abgebildet werden – egal, um was es geht. Große Wahlkampfthemen, wie Klima, Corona, Arbeitsmarkt und Pflege betreffen auch Menschen aus Einwandererfamilien. Auch sie lesen, hören deutsche Medien und schauen deutsches Fernsehen, um eine informierte Wahlentscheidung treffen zu können. Auch sie wollen am Diskurs teilhaben.

Es gibt außerdem Politikfelder, die dieses Viertel der Bevölkerung noch direkter betreffen als den Rest der Gesellschaft: Migration und Aus-

länder:innenrecht, Einbürgerungen und Wahlrecht für alle und natürlich Rassismus, Rechts-extremismus, Diskriminierung und Ausbeutung. Warum sind Ereignisse wie der rassistische Anschlag in Hanau, eine gerechte Bildungspolitik für alle oder Ausbeutung in deutschen Fabriken keine zentralen Wahlkampfthemen?



Worauf muss geachtet werden:

Diversität ist keine Dekoration, sondern ein unverzichtbarer Baustein für gute journalistische Berichterstattung, auch und besonders vor der Wahl. In Vox-Pop-Umfragen sollten auch Schwarze Menschen und People of Color zu sehen oder hören sein. Die Meinungen von Migrant:innen und ihren Nachkommen sollten in politischen Kommentaren, von Protagonist:innen, in Berichten und in Talkshow-Runden vernehmbar sein.

Empfehlung 1: selbstreflektives Arbeiten

Um Lücken in der Berichterstattung auszumachen, kann sich folgende Fragen gestellt werden: Wer wird vor dem geistigen Auge gesehen, wenn von „unser Publikum“ die Sprache ist und entspricht diese Wahrnehmung der Realität? Soll eine jüngere Zielgruppe erreicht werden? 40 Prozent aller Kinder und Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund? Wer kommt als Expert:in oder Protagonist:in zu wahlrelevanten Politikfeldern zu Wort? Wer fehlt? Wie wird der Wahlkampf im Blatt / in der Sendung / online bebildert – und wer fehlt?

Empfehlung 2: Leitfragen für die Wahlkampfberichterstattung im Einwanderungsland

Folgende Fragen können gestellt werden, um zu überprüfen, ob die Lebenswirklichkeiten der vielen Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte berücksichtigt werden: Auf wen ist der Wahlkampf der Parteien ausgerichtet? Wer fehlt? Wie divers sind die Kandidat:innen, die zur Wahl stehen? Welche wichtigen Themen, die Millionen Migrant:innen und ihre Nachkommen

betreffen, werden übersehen. Nicht nur die Klimakrise, auch eine Rassismuskrise beschäftigt Deutschland (Pegida, AfD, Lübcke-Mord, die Anschläge von Halle und Hanau u.v.m.). Was steht dazu in den einzelnen Parteiprogrammen? Was sagen Politiker:innen im Wahlkampf dazu und was nicht?

Weitere Tipps:

Wahlprüfsteine von Menschenrechtsorganisationen und Migrant:innenorganisationen sind gute Quellen, um Themenfelder aufzudecken, die in der heißen Phase der Wahlkampfberichterstattung untergehen. Um wertfrei, korrekt und präzise über die Einwanderungsgesellschaft zu berichten, hilft das Glossar der Neuen deutschen Medienmacher:innen mit Formulierungshilfen aus. Auch die AfD und Rechtsextreme in anderen Parteien werden zur Wahl wieder eine Rolle spielen. Und mit ihnen die redaktionellen Fragen: Wie umgehen mit rechtsradikalen und rechts-extremen Meinungen? Müssen Verschwörungsgläubige, Rechtspopulist:innen und die AfD behandelt werden wie jede andere Partei auch? Der Ratgeber enthält zudem fünf Tipps zum Umgang mit Rechtspopulist:innen.

Neue deutsche Medienmacher:innen <https://neuemedienmacher.de/artikel/wahlkampfberichterstattung>

■ Virtuelle Ausstellung – Gemeinsame Geschichte(n)

2021 werden 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland gefeiert. Einblick in die deutsch-jüdische Geschichte von 1800 bis 1933 bietet die virtuelle Ausstellung „Gemeinsame Geschichte(n)“.

Die Vielfalt deutsch-jüdischer Geschichten und Lebenswege kann hier entdeckt werden: <https://jugend-und-bildung.pageflow.io/gemeinsame-geschichten#307916>

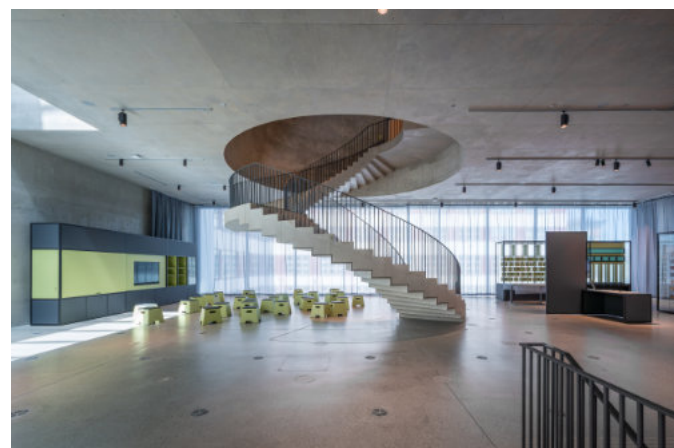
■ Neues Dokumentationszentrum für Flucht, Vertreibung und Versöhnung in Berlin eröffnet

Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung wurde am 23. Juni 2021 als einzigartiger Lern- und Erinnerungsort zum Thema Flucht, Vertreibung und Zwangsmigration vor allem im 20. Jahrhundert in Europa und darüber hinaus eröffnet. Träger des Dokumentationszentrums ist die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung.

Das Zentrum bietet auf einer Fläche von 5.000 Quadratmetern eine Ständige Ausstellung, thematische Sonderausstellungen, Bildungs- und Vermittlungsangebote sowie Veranstaltungen. Im Dokumentationszentrum befindet sich außerdem eine Bibliothek mit Zeitzeugenarchiv.

Das Dokumentationszentrum versteht sich als ein Ort historischer Bildung und lebendiger Debatten im Geiste der Versöhnung. Das vielfältige Vermittlungsangebot richtet sich an Zeitzeug:innen und ihre Nachkommen, Schulklassen und Jugendgruppen, an Besuchergruppen aus dem In- und Ausland sowie an Lehrkräfte und Studierende. An zentraler Stelle in der Ständigen Ausstellung laden das Forum und die Werkstatt das Publikum ein, sich aktiv zu beteiligen.

Der Link zur Homepage ist: <https://www.flucht-vertreibung-versoehnung.de/de/home>



Wendeltreppe in das zweite Obergeschoss der Ständigen Ausstellung
© Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Foto: Markus Gröteke

■ Dekoloniale Erinnerungskultur

Die Verortung einer kritischen Auseinandersetzung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands im öffentlichen Raum inmitten des Alltags hat 2020 mit dem Start „des Kulturprojekts „Dekoloniale_Erinnerungskultur in der Stadt“ weitere Schritte der Verstetigung und Konsolidierung erfahren. Auf einer digitalen Kartierung präsentiert „Dekoloniale Geschichte[n]“ fortlaufend Erinnerungsorte in Berlin, in anderen deutschen Städten sowie in Deutschlands ehemaligen Kolonien in ihrer transkontinentalen Verflochtenheit.

Im Jahr 2021 veröffentlicht die Dekoloniale schwerpunktmäßig Lebens-, Objekt- und Intuitions- Geschichte[n], die sich in Zusammenhang mit der ersten Deutschen Kolonialausstellung zugetragen haben. Außerdem begleitet Dekoloniale Geschichte[n] die anstehenden Umbenennungen von Straßen in Berlin mit multimedialen Beiträgen zur Geschichte ihrer alten und neuen Namensgeber:innen.

Alle Informationen sind zu finden unter: <https://www.dekoloniale.de/de/map?kind=stories>

■ #EngagiertfürDeutschland – Der jugendpolitische Podcast von JUMA Berlin

Engagiert für Deutschland (EDF) ist der jugendpolitische Podcast von JUMA Berlin. Anlässlich des Superwahljahres 2021 gibt der EDF-Podcast einmal in der Woche Einblick in die Lebensrealität muslimisch gelesener Politiker:innen aller demokratischen Parteien, die sowohl für den Bund, auf Landesebene oder für die Bezirksverordnetenversammlung in Berlin kandidieren. Was hat sie politisiert? Welche Hürden haben sie auf ihrem Weg gemeistert? Warum engagieren sie sich für Deutschland? Diesen Fragen gehen wir in der ersten Hälfte nach. Anschließend stellen sich unsere Gäst:innen den

Community-Fragen. In den ersten beiden Folgen sprechen Gollaleh Ahmadi, aktuell Fraktionsvorsitzende der Grünen in Spandau, sowie mit Seyda Türk von der FDP. Der Podcast ist überall dort verfügbar, wo es Podcasts gibt.

Die ersten Folgen sind auf Spotify unter <https://tinyurl.com/339fb2m8> und auf Soundcloud unter <https://soundcloud.com/user-830625136/gollaleh-ahmadi-i-engagiert-fur-deutschland> verfügbar.

■ ANTISEMITISMUS.WTF

Ein antisemitisches Weltbild ist geprägt von Projektion, Faktenresistenz und Hass. Mit der Kampagne sollen Jugendliche dabei unterstützt werden Antisemitismus zu erkennen und ihm klar entgegenzutreten. Dafür werden auf der Website und dem Instagram-Kanal des Projekts ANTISEMITISMUS.WTF gängige antisemitische Motive zielgruppengerecht erläutert. Wo kommen sie her, was genau ist an ihnen antisemitisch und wer sagt sowas eigentlich heute noch? Die Kampagne ist auch ein Angebot für Multiplikator:innen der Jugendarbeit, die sich mit antisemitismuskritischer Bildungsarbeit beschäftigen (möchten).



Zur Website geht es unter: <https://antisemitismus.wtf/about/>

Der Instagram-Account findet sich unter: <https://www.instagram.com/antisemitismus.wtf/>

■ Diversity-Check – Ein Angebot für Initiativen, Vereine und Verbände der hessischen Jugendarbeit

Auch im Jahr 2021 bietet das Projekt „Zusammen[wachsen: Vielfältige Jugendarbeit“ stärken allen interessierten Jugendorganisationen in Hessen die Möglichkeit, einen Diversity-Check für die eigene Organisation zu erhalten. Der Check kann dabei helfen, unbewusste Ausschlüsse und Zugangshindernisse zu erkennen, die dafür sorgen, dass nur ein bestimmter Teil von Jugendlichen erreicht wird, und diese zu überwinden. Dafür wird einen Tag lang gemeinsam mit einem:einer Trainer:in die Organisations- und Angebotsstrukturen, Veranstaltungen und alle Materialien beleuchtet und gemeinsam werden Strategien entwickelt, um die spannende Arbeit der Jugendverbände für alle Jugendlichen zugänglich zu machen.

Die Ausschreibung zum Check ist zu finden unter: https://www.zusammen.wachsen.jetzt/wp-content/uploads/2021/01/Flyer-Ausschreibung-Diversity-Check_2021.pdf

■ Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) Hessen: Projekttag für Erwachsene

Mit dem Projekttag „Ich bin ja kein Nazi, aber... – Basiswissen zu Alltagsdiskriminierung, reaktionär-autoritären Strömungen und Neonazismus“ bietet das NDC Hessen eine Fortbildung für Multiplikator:innen, Pädagog:innen, Gruppenleiter:innen und allen weiteren Ehren- und Hauptamtlichen der Jugendarbeit an. Inhalte des Projekttag sind Wirkungsweisen und Folgen von Diskriminierung, Zusammenhänge von Alltagsdiskriminierung, reaktionär-autoritären Strö-

mungen und Neonazismus im gesamtgesellschaftlichen Kontext, Möglichkeiten eigenen Handelns und die Methode der kollegialen Fallbearbeitung. Das 4,5-stündige Fortbildungsangebot mit Workshop-Charakter bietet sich sehr gut zum Einstieg in das Thema an.

Fragen zum Projekttag und zur Buchung können gestellt werden unter: hessen@netzwerk-courage.de

Zur Website geht es unter: <https://www.netzwerk-courage.de/web/2107-1341.html>

■ Suizide, Suizidversuche, Selbstverletzungen von Geflüchteten

Die 28. Auflage der Dokumentation „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“ zeigt in über 16.000 Einzelgeschehnissen die Auswirkungen des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus auf die betroffenen Geflüchteten; auf Menschen, die hier Schutz und Sicherheit suchten und aufgrund der rassistischen Sondergesetze und des Rassismus der Gesellschaft körperlich zu Schaden kamen oder daran zerbrachen.

Anhand der vielen Einzelbeispiele wird deutlich, mit welcher Gewalt die Sondergesetze für Geflüchtete von Behörden, Gerichten, Polizei, medizinischem Personal und anderen umgesetzt werden und mit wie viel Willkür und Menschenverachtung Geflüchtete gequält, gedemütigt und ausgegrenzt werden. Erpressung, Schikanen und Betrug, aber auch Sippenhaftung, Familientrennungen oder Inhaftierung Minderjähriger sind einige Mittel des Staates und seiner willfährigen Mitarbeiter:innen, um Geflüchtete zur Ausreise zu zwingen.

In der Verzweiflung über die zerstörte Lebensperspektive, die existentielle Angst vor Deportation und die absolute Ausweglosigkeit, begehren Menschen als allerletzte Flucht Selbsttötung. Andere nehmen bei direkt drohenden



Diversity-Check

Ein Angebot für Initiativen, Vereine und Verbände der hessischen Jugendarbeit

Jetzt für ein Training im Jahr 2021 bewerben



polizeilichen Festnahmen zur Abschiebung in ihrer Panik lebensgefährliche Wege, bei denen sie zu Tode kommen. Überdurchschnittliche Geflüchtete begehen Suizidversuche oder Selbstverletzungen, um aus den aktuellen Situationen herauszukommen oder – immer wieder auch – aus Protest gegen menschenfeindliche Behandlungen und Unterbringungen.

Die Erfassung von Suiziden und Selbstverletzungen von Geflüchteten ist generell nicht einfach, denn offizielle staatliche Statistiken gibt es zu diesem Thema nicht. Allein durch Kleine Anfragen einiger Fraktionen in den Länderparlamenten gelingt es, etwas mehr Licht in das große Dunkelfeld zu bringen. Die Antworten der Innenministerien sind in der Regel jedoch lückenhaft und ungenau – oft ohne klare Orts- und Zeitzuordnung mit dem Verweis auf den Datenschutz (z. B. „weniger als vier“). Trotzdem bestätigen die Informationen, dass diese Verzweiflungstaten in großer Zahl passiert sind.

Durch diese Ergebnisse der parlamentarischen Anfragen einerseits und durch Berichte von Suiziden, Suizidversuchen und Selbstverletzungen durch Angehörige, Unterstützer:innen oder Organisationen andererseits, kann die Dokumentationsstelle der Antirassistischen Initiative folgende Aussagen über von ihr recherchierte Ereignisse machen:

Von 2016 bis einschließlich 2020 sind jeden Monat durchschnittlich zwei bis drei Geflüchtete durch Suizid ums Leben gekommen. Das sind 159 Menschen insgesamt; 2466 Personen haben Suizidversuche oder Selbstverletzungen unternommen. Das sind 493 im Jahresdurchschnitt und mindestens 40 pro Monat. Von einer sehr hohen Dunkelziffer ist auszugehen.

So ungern staatliche Institutionen Suizide von Geflüchteten als Folge eines rassistischen Asylsystems und der damit einhergehenden Ausweglosigkeit benennen und dokumentieren, so schnell wird die These „Suizid als Todesursache“ umgehend bekanntgegeben, wenn es sich um Todesfälle in polizeilichem Gewahrsam handelt, bei denen Gewalt von Seiten Dritter überhaupt nicht ausgeschlossen werden kann.

Die Dokumentation umfasst den Zeitraum vom 1. Januar 1993 bis 31. Dezember 2020 und ist zu finden unter: https://www.ari-dok.org/uploads/mini_cms/press_statements/ARI-DOK_Beispiele-Suizide-Selbstverletzungen.pdf

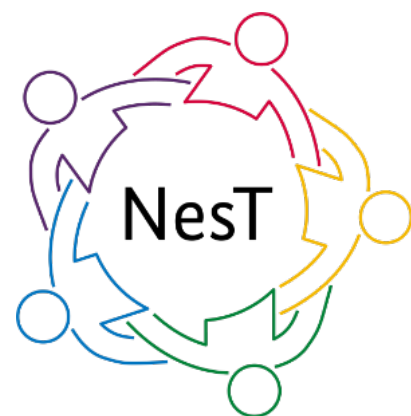
Oder im Gesamttext unter: https://www.ari-dok.org/uploads/mini_cms/publications/GESAMT-DOKU_28_Auflage_print.pdf

■ Neustart im Team (NesT): Mentoring-Gruppen gesucht

Das Pilotprogramm „Neustart im Team (NesT) – Staatlich gesellschaftliches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge“ wurde im Mai 2019 gestartet. Bei dem Programm handelt es sich um ein sogenanntes Community Sponsorship Programm: ehrenamtliche Mentoring-Gruppen ermöglichen die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen, indem sie sich verpflichten, für eine geflüchtete Person oder eine Familie eine Wohnung zu finden, diese Wohnung für zwei Jahre zu finanzieren und die geflüchteten Menschen das erste Jahr nach der Einreise ideell bei der Integration zu unterstützen. Ab Juli finden – vorbehaltlich der pandemischen Entwicklungen – wieder regelmäßig Einreisen über NesT statt. Daher werden neue Mentoring-Gruppen für das Engagement im Rahmen des Programmes gesucht, Interessierte können sich bei den Programmverantwortlichen melden. Partner:innen in dem Programm sind neben dem Deutschen Caritasverband das Deutsche Rote Kreuz, die Mercator-Stiftung und die Bertelsmann-Stiftung.

Alle Informationen finden sich unter: <https://www.neustartimteam.de/>

Alle Informationen finden sich unter: <https://www.neustartimteam.de/>



■ Gemeinsame Angebote mehrerer Einrichtungen – Was hat NS-Geschichte mit uns zu tun?

Geschichte kommt nicht aus dem Geschichtsbuch, sondern es waren ja Menschen, die an verschiedenen Orten unterschiedliche Dinge getan haben. Um das erfahrbar werden zu lassen, haben Berliner Bildungseinrichtungen gemeinsame Angebote für Schulklassen und anderen Gruppen entwickelt. Eine Kernfrage der Programme heißt deshalb: „Was hat Geschichte eigentlich mit uns heute zu tun?“

Die Workshop-Reihen dauern in der Regel drei Tage. Sie haben unterschiedliche thematische Schwerpunkte, bringen die Gruppen an unterschiedliche Lernorte und sind für unterschiedliche Altersgruppen besonders geeignet.

Alle Informationen finden sich unter:

www.geschichte-in-bewegung.de

Anfragen per Kontaktformular oder als E-Mail an: Geschichte-in-Bewegung@gesichtzeigen.de

■ 2. August 2021: Europäischer Gedenktag für Sinti und Roma

Eine Gedenkveranstaltung in Auschwitz-Birkenau und ein internationaler virtueller Gedenktag dienen als Mahnung, dem heute wieder verstärkt um sich greifenden Antiziganismus entgegenzutreten.

Am Montag, den 2. August 2021 wird an die letzten 4.300 Sinti und Roma, die im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau vor 77 Jahren – trotz ihres erbitterten Widerstands – von der SS ermordet wurden, erinnert. Diese Mordaktion der Nazis steht symbolisch für den Völkermord an hunderttausenden Sinti und Roma in Europa. Erst vor sechs Jahren wurde der 2. August vom Europäischen Parlament als Europäischer Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma anerkannt.

Heute zeigt sich in ganz Europa der gewalttätigen Antiziganismus in Form von rechts-

terroristischen Anschlägen, pogromartigen Ausschreitungen, aber auch in Form von Polizeigewalt gegen Angehörige der Minderheit der Sinti und Roma, wie jüngst in Tschechien. Große Teile der Roma-Bevölkerung müssen immer noch in den Slums in Mittel- und Südosteuropa, also mitten in der Europäischen Union, in unwürdigen Verhältnissen leben, müssen ein System der Apartheid in den Bereichen der Bildung, des Wohnens, in der Gesundheitsversorgung und auf dem Arbeitsmarkt erdulden, während die Regierungen diese Situation tatenlos hinnehmen.

77 Jahre nach dem 2. August 1944 ist diese Situation ein Skandal und auch daran muss am Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma erinnert werden. Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, hebt die Bedeutung des Gedenkens für demokratische Gesellschaften hervor:

„Auschwitz ist das Gewissen, das an uns alle appelliert, unsere Stimme gegen den heute wieder um sich greifenden, mörderischen Rassismus mit seinen zahlreichen Toten zu erheben. Es muss uns mit großer Sorge erfüllen, wenn wir auf den derzeitigen Zustand der Europäischen Union blicken. Der Versuch einiger Mitgliedsstaaten, die Gewaltenteilung, das grundlegende Prinzip des Rechtsstaats, aufzuweichen, macht fassungslos – gerade nach den Erfahrungen der Menschheitsverbrechen der Nazis und der kommunistischen Diktatur in Europa.“

Im Mittelpunkt des Gedenkens steht coronabedingt auch in diesem Jahr die virtuelle Gedenkveranstaltung für die 500.000 ermordeten Sinti und Roma im NS-besetzten Europa.

Die zweisprachige (DE/EN) Veranstaltung ist über die Website <https://www.roma-sinti-holocaust-memorial-day.eu/> zusammen mit einem breiten



2 August 1944
Auschwitz-Birkenau

2020

**Europäischer
Holocaust-
Gedenktag
für Sinti
und Roma**

Informationsangebot (DE/EN/PL/Romanes) zum Thema verfügbar.

■ Ideeninitiative „Kulturelle Vielfalt mit Musik“

Die Liz Mohn Kultur- und Musikstiftung unterstützt mit ihrer bundesweiten, jährlichen „Ideeninitiative ‚Kulturelle Vielfalt mit Musik‘“ die Entwicklung und Umsetzung neuer Projektideen. Hierfür werden in jedem Jahr Fördermittel in Höhe von insgesamt rund 100.000,- Euro zur Verfügung gestellt. Ab dem 17. August 2021 kann sich wieder mit einer kreativen Projektidee bei der Liz Mohn Kultur- und Musikstiftung bewerben werden, die das Miteinander von Kindern und Jugendlichen verschiedener kultureller Herkunft fördert.

Gefördert werden Projektideen von Bildungseinrichtungen, Vereinen und individuellen Akteuren mit gemeinnützigen Partner:innen gleichermaßen. Ebenso werden digitale Projekte gesucht, die sich für ein Miteinander der Kulturen einsetzen.

Alle Informationen finden sich unter: <https://kultur-und-musikstiftung.de/de/startseite/projekte/ideeninitiative>

■ Schöner Leben ohne Nazis

Schöner leben ohne Nazis holt sich die Bühne zurück! Nachdem lange auf Kunst und Kultur verzichtet werden musste, geht es für Schöner leben ohne Nazis unter dem Motto „Stand up!“ zurück auf die Bühnen. Im Sommer 2021 gibt es mit der Kampagne vom landesweiten Aktionsbündnis und Landesjugendring Brandenburg e. V. wieder Aktionen in Brandenburg. Gemeinsam mit verschiedenen Jugendeinrichtungen, Partner:innen aus der Soziokultur und Künstler:innen organisieren wir in ganz Brandenburg verschiedene pandemiekonforme Bühnenformate. Mit Musik, Theater, Poetry-Slam und einem Bühnen-Quiz

können junge Menschen die Bühnen und damit den öffentlichen Raum zurückerobern. Dieses Jahr sollen mit Kunst und Kultur Jugendliche zum Gespräch sowie zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit eingeladen werden. Mit neuen Materialien und inhaltlichen Inputs bekommen junge Menschen eine Möglichkeit, sich zu positionieren. Mit der Kampagne sollen Jugendliche unterstützt werden, ohne Angst und Diskriminierung zu leben.



Die Tour-Termine sind unter <https://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/schoener-leben-ohne-nazis/> einsehbar.

■ Neue Studie der Mercator-Stiftung über die letzten fünf Jahre Berichterstattung über Flucht und Migration

Die Studie untersucht die Berichterstattung über Flucht und Migration in sechs deutschen Leitmedien (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Bild, ARD Tagesschau, ZDF heute, RTL Aktuell) zwischen Februar 2016 und Dezember 2020 mithilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse. Die zentralen Befunde sind:

- Die Medien berichteten im Verlauf des Untersuchungszeitraums tendenziell immer seltener über Geflüchtete. Zugleich war die Berichterstattung stark von der aktuellen Ereignislage beeinflusst. Dabei prägten politische Entscheidungen und politische Institutionen die Berichterstattung stärker als die Geflüchteten selbst.

- Mehr als jeder zehnte Beitrag beschäftigte sich mit Terrorismus und Flüchtlingskriminalität. Vor allem die Bild griff diese Themen häufig auf. Dabei waren Gewalt- und Sexualverbrechen im Vergleich zur Kriminalstatistik deutlich überrepräsentiert.
- Wurden Geflüchtete in den Medien thematisiert, handelte es sich überproportional häufig um Männer, während Frauen und Kinder unterrepräsentiert waren. Dies betraf vor allem bildliche Darstellungen. Während die Tageszeitungen überwiegend Porträtfotos von Geflüchteten oder Fotos von Geflüchteten in Alltagssituationen abdruckten, standen in den Fernsehnachrichten Bilder von Geflüchteten in Notsituationen im Vordergrund.
- Die Darstellung der Geflüchteten war in allen Medien überwiegend negativ und damit insbesondere deutlich negativer als während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16.
- Die Medien wählten als Bezeichnung für die nach Deutschland gekommenen Menschen überwiegend den Begriff „Flüchtlinge“, der eine Schutzbedürftigkeit impliziert. Erst gegen Ende des Untersuchungszeitraums wurden zunehmend auch die eher neutralen Begriffe „Asylbewerber“ und „Migranten“ verwendet. Dementsprechend schrieben die Medien den Zugewanderten auch bei weitem überwiegend den Schutz vor Krieg und Verfolgung als zentrales Fluchtmotiv zu.
- Die Medien betonten vor allem die Gefahren der Zuwanderung für Deutschland und fokussierten dabei vor allem auf den Aspekt der Sicherheit. Das Verhältnis zwischen Geflüchteten und einheimischer Bevölkerung stellten sie überwiegend als konfrontativ dar. Sie thematisierten vor allem exkludierende Maßnahmen der Flüchtlingspolitik (z. B. Verhinderung von Einwanderung), bewerteten inkludierende Maßnahmen (z. B. Integration) aber deutlich positiver.
- Es zeigten sich Unterschiede zwischen den untersuchten Medien, die im Wesentlichen auf deren redaktionelle Linien zurückzuführen sind. Dabei war insbesondere die Darstellung von Geflüchteten in der Berichterstattung der linksliberalen Süddeutschen Zeitung insgesamt deutlich weniger negativ als die Berichterstattung der konservativen Medien FAZ und Bild.
- Alles in allem war die Berichterstattung über Geflüchtete folglich von einer starken Widersprüchlichkeit geprägt. Auf der einen Seite wurden Geflüchtete als Menschen in Not charakterisiert, die aus humanitären Gründen aufgenommen werden müssen. Auf der anderen Seite wurden Geflüchtete als Sicherheitsrisiko für die deutsche Bevölkerung beschrieben. Das erste Narrativ betraf vor allem Geflüchtete auf der Flucht, das zweite Narrativ vor allem Geflüchtete, die bereits in Deutschland angekommen waren.
- Die Tatsache, dass der Widerspruch zwischen diesen beiden inhaltlich nur schwer zu vereinbarenden Narrativen in der Medienberichterstattung nicht aufgelöst wird, hat vermutlich negative Konsequenzen für die öffentliche Meinungsbildung – auch wenn dies von den Journalistinnen und Journalisten vermutlich nicht intendiert ist.



Die gesamte Studie ist zu finden unter: https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2021/07/Medienanalyse_Flucht_Migration.pdf

■ Opferperspektive e. V. fordert endlich unabhängige Beschwerdestelle für Betroffene polizeilichen Fehlverhaltens einzuführen

In den letzten Jahren haben verschiedene Fälle polizeilichen Fehlverhaltens die Notwendigkeit aufgezeigt, in Brandenburg eine unabhängige Beschwerdestelle für Betroffene polizeilichen Fehlverhaltens zu schaffen. Vor allem immer wieder vorkommende Fälle, in denen sich Menschen über nicht gerechtfertigte Gewaltanwendungen oder rassistische Diskriminierungen durch Polizist:innen beschwerten, zeigen wie notwendig es ist, die demokratische Kontrolle polizeilichen Handelns zu verbessern. Zuletzt sorgte der Fall eines in Kenia gebürtigen Potsdamers, der im Polizeigewahrsam nach einer Verletzung nicht medizinisch versorgt wurde und dem deshalb ein Fingerglied amputiert werden musste, für Aufsehen. Aus diesem Grund begrüßt die Opferperspektive e.V. die Vereinbarung der Regierungskoalition, auch in Brandenburg eine unabhängige Polizei-beschwerdestelle einzuführen. Allerdings stockt der diesbezügliche Gesetzgebungsprozess seit längerem.

Die Opferperspektive e. V. hat dazu ein Positionspapier veröffentlicht, dass die Notwendigkeit einer solchen Stelle in Brandenburg aufzeigt. In dem Papier wird dargelegt, welche Voraussetzungen die Beschwerdestelle erfüllen muss, um Vorwürfe polizeilichen Fehlverhaltens tatsächlich überprüfen zu können. Der Verein fordert, noch in diesem Jahr mit der Einrichtung der Beschwerdestelle zu beginnen.

Hannes Püschel von der Opferperspektive e. V. erklärte dazu: „Eine effektive demokratische Kontrolle polizeilichen Handelns und eine schnelle und gründliche Aufklärung von Fällen etwaigen Machtmissbrauchs sind grundlegende Teile eines funktionierenden Rechtsstaates. Die Regierungsfractionen stehen in der Verantwortung, endlich den Schutz und die Unterstützung

für Menschen, die in Brandenburg Opfer rechtswidriger Handlungen von Polizeibeamt:innen werden zu verbessern.“

Das Positionspapier findet sich unter: https://www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2021/08/Positionspapier_Polizeibeauftragte.pdf



■ Opferperspektive startet neue Online-Beratung

Ab sofort können sich Menschen, die rechte Gewalttaten in Brandenburg erleben, auch online an die Opferperspektive wenden. Damit wird die Beratung noch zugänglicher: Egal ob mit Handy, Laptop oder im Internetcafé, unter <https://www.opferperspektive.de/onlineberatung> können sich Betroffene, aber auch Zeug:innen, Bezugspersonen und Fachkräfte sicher, anonym und unverbindlich online beraten lassen. Damit schafft die Opferperspektive ein Angebot für alle Menschen, für die eine persönliche oder telefonische Beratung nicht in Frage kommt und die das Internet als bevorzugtes Kommunikationsmittel nutzen.

Zum Angebot geht es unter: <https://www.opferperspektive.de/onlineberatung>

■ Rettungskette für Menschenrechte in Bonn

Menschen sterben im Mittelmeer, an den Außengrenzen Europas, auf der Balkanroute und in den Wüsten!

Das kann niemandem egal sein. Vor allem, weil die Stadt Bonn sich zum sicheren Hafen für Geflüchtete erklärt hat. „Wir haben Platz!“ Was ist aus dem Versprechen geworden?

Die Rettungskette für Menschenrechte, die von der Nordsee bis zum Mittelmeer reichen soll, steht für die Forderung nach einem humanen Umgang mit Menschen auf der Flucht und für die aktive Bekämpfung der Fluchtursachen.

Ein Bündnis aus verschiedenen Vereinen und Initiativen in Bonn, organisieren die Menschenkette in der Stadt und brauchen dafür Hilfe und Unterstützung, um am Samstag, 18. September 2021 zwischen 11:30 und 12:30 Uhr gemeinsam

ein weithin sichtbares Zeichen der Solidarität und der Menschlichkeit zu setzen.

Wer ein Platz in dieser Menschenkette haben will oder aktive Aufgaben übernehmen will kann sich bei dem Bündnis melden.

Kontakt zum Bon-

ner Organisationsbündnis ist möglich über:
verica.dominic-bernards@caritas-bonn.de

Informationen zur bundesweiten Organisation finden sich unter: www.rettungskette.eu

Zur Veranstaltung auf facebook geht es unter: <https://fb.me/e/2KboHDRrW>



■ Rom e. V.: Neue Online-Zeitschrift

Die neue Online-Zeitschrift „Nevipe“ des Rom e. V. ist erschienen. Die aktuelle Ausgabe beschäftigt sich mit dem Thema „Bleiberecht“.

Als mit dem drohenden Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens viele Rom:nja ab den 1980er Jahren nach Deutschland und nach Köln flüchteten, wurden die geflüchteten Menschen in Köln seitens der Politik alleine gelassen, unzureichend untergebracht und nicht versorgt. Kurz darauf gründete sich eine Bürger:innenrechtsbewegung, bestehend aus Angehörigen der Community und der Dominanzgesellschaft, die ein Bleiberecht für alle Rom:nja forderten und sich in zahlreichen Protestaktionen dafür einsetzten. Aus dieser Bewegung heraus entstand der Rom e. V.

Mehr als drei Jahrzehnte später hat die Forderung nach einem Bleiberecht für Rom:nja leider nicht an Aktualität verloren. Im Gegenteil: Mit der Ausweisung der Balkanländer (Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Nordmazedonien, Albanien und Montenegro) zu „sicheren“ Herkunftsländern (2014/2015), ist die Hoffnung auf Bleiberechte in Deutschland für Rom:nja aus diesen Ländern fast aussichtslos geworden. Denn mit der Einstufung der Länder als „sicher“ geht die Bundesregierung davon aus, dass dort aufgrund der politischen Verhältnisse keine (politische) Verfolgung stattfindet. Dabei bleibt die von Rassismus und Diskriminierung geprägte Situation von Rom:nja auf dem Balkan unbeachtet. Folglich gibt es für die Menschen aus „sicheren“ Herkunftsländern quasi keine Möglichkeit mehr einen erfolgreichen Asylantrag zu stellen.

Die Zeitschrift ist hier zum Download erhältlich:
http://www.romev.de/medien/nevipe/nevipe_2021_02.pdf

■ **Hybrider Fachtag: Anti-Schwarzer Rassismus – Intersektional**

Termin: 28. August

Ort: Berlin

Info:

NARUD e. V.

Brüsseler Str. 36

13353 Berlin

Tel.: 03 0 / 40 75 75 51

konferenz@narud.org

<https://narud.org/>

■ **Workshop – Formen formen: Kreativ gegen das Patriarchat (Diskriminierung)**

Termin: 28. August

Ort: Wuppertal

Info:

Projektkoordination (V.i.S.d.P.):

Falken Bildungswerk- und Freizeitwerk Bergisch Land e.V.

Wilbergstraße 8

42107 Wuppertal

orga@fight4democracy.de

<https://fight4democracy.de/praxis-workshop-formen-formen/>

■ **Vernissage: Ausstellung „Unser Mut. Juden in Europa 1945-1948“**

Termin: 31. August

Ort: Frankfurt am Main

Info:

Jüdisches Museum Frankfurt

Bertha-Pappenheim-Platz 1

60311 Frankfurt am Main

Tel.: 06 9 / 21 23 50 00

<https://www.juedischesmuseum.de/besuch/detail/vernissage-unser-mut/>

■ **Online-Workshop: Stammtischparolen – das war gestern**

Termin: 1. September

Ort: online

Info:

THW-Jugend e.V.

Provinzialstraße 93

53127 Bonn

Tel.: 02 28 / 94 01 32 7

bundesgeschaefsstelle@thw-jugend.de

<https://thw-jugend.de/termine/online-workshop-stammtischparolen-das-war-gestern/>

■ **Hybride Fachtagung des Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention: Ungewöhnliche Allianzen**

Termin: 1. bis 3. September

Ort: Berlin oder online

Info:

Kompetenznetzwerk

Rechtsextremismusprävention

Novalisstraße 12

10115 Berlin

united@gesichtzeigen.de

<https://tinyurl.com/4stbtkp5j>

■ **Online-Workshop: Rassismus und Antisemitismus in Desinformation und Verschwörungserzählungen**

Termin 2. September

Ort: online

Info:

Bundeszentrale für politische Bildung

Adenauerallee 131a

53113 Bonn

medienpaedagogik@bpb.de

<https://tinyurl.com/tknrv86x>

■ **Online-Seminar: Faschismus verstehen – Faschismus bekämpfen**

Termin: 2. September

Ort: online

Info:

Projektkoordination (V.i.S.d.P.):

Falken Bildungswerk- und Freizeitwerk Bergisch Land e.V.

Wilbergstraße 8

42107 Wuppertal

orga@fight4democracy.de

<https://fight4democracy.de/faschismus-verstehen/>

■ **Seminar: „Das will ich so nicht stehen lassen!“ – Wie können wir mit offenem und unterschwelligem Rassismus im beruflichen und privaten Alltag souverän umgehen?**

Termin: 5. bis 10. September

Ort: Hattingen

Info:

DGB Bildungswerk

Am Homberg 44-50

45529 Hattingen

02324/508-403

<https://www.dgb-bildungswerk.de/seminar/18130608>

■ **Online-Fachforum: Vielfältig, vernetzt und wirksam – Potenziale qualitativer Jugendbeteiligung**

Termin: 7. September

Ort: online

Info:

Kati Sesterhenn

Hessischer Jugendring

Schiersteiner Str. 31-33

65187 Wiesbaden

Tel.: 06 11 / 99 08 32 2

info@hessischer-jugendring.de

<https://tinyurl.com/59v9rc25>

■ **Online-Workshop: Aufstehen im Netz: Mit den sozialen Medien gegen Rassismus. Ein Schreib-Workshop**

Termin: 7. September

Ort: online

Info:

Dr. Annika Arnold

Friedrich-Ebert-Stiftung

Landesbüro NRW

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Tel.: 02 28 / 88 37 20 2

annika.arnold@fes.de

<https://tinyurl.com/dhx3arcw>

■ **Online-Gespräch mit Semiya Şimşek, Tochter des ersten NSU-Mordopfers**

Termin: 9. September

Ort: online

Info:

Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V.

Rennweg 60

90489 Nürnberg

Tel.: 09 11 / 54 05 59 34

info@isfbb.de

https://www.isfbb.de/Termine-2021_index23.htm

■ **Online-Seminar: Kinderhandel und Ausbeutung im Migrations- und Asylkontext**

Termin: 9. September

Ort: online

Info:

ECPAT Deutschland e.V.

Alfred-Döblin-Platz 1

79100 Freiburg

Tel.: 07 61 / 88 79 26 3 0

info@ecpat.de

<https://register.gotowebinar.com/register/1285708841012773899>

■ **Seminar: Integration von Geflüchteten im ländlichen Raum**

Termin: 10. bis 12. September

Ort: Meschede

Info:

Damian Jordan

Landesbüro NRW

Friedrich-Ebert-stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Tel.: 02 28 / 88 37 20 9

Damian.Jordan@fes.de

Anmeldung.lbnrw@fes.de

<https://tinyurl.com/4pjk49a8>

■ **Workshop: Empowering Youth – Selbstorganisation für junge (post)migrantische Menschen in Ostdeutschland**

Termin: 11. September

Ort: Leipzig

Info:

Stiftung Bürger für Bürger

Bernburger Straße 4

06108 Halle (Saale)

Tel.: 03 45 / 68 89 37 58

hallo@jugendstil-projekt.de

bianca@jugendstil-projekt.de

<https://tinyurl.com/3ypzbr8v>

■ **Seminar: Rechtspopulistische Positionen in der Gesellschaft und die Bedeutung der AfD für die Parteienlandschaft – Bestandsaufnahme und Perspektiven**

Termin: 12. bis 17. September

Ort: Hattingen

Info:

DGB Tagungszentrum Hattingen

Am Homberg 44-50

45529 Hattingen

ursula.meiners@dgb-bildungswerk.de

mark.haarfeldt@dgb-bildungswerk.de

<https://www.dgb-bildungswerk.de/seminar/18130609>

■ **Hybrider Fachtag: Antiziganismus: Nachholbedarf des deutschen Bildungssystems für mehr Gleichberechtigung**

Termin: 15. September

Ort: Berlin

Info:

RomaTrial e. V.

Weydingerstraße 14-16

10178 Berlin

post@romatrial.org

<https://tinyurl.com/4dpocrux4>

■ **Informationsgespräch für Fortbildungsreihe: Barrieren abbauen, Teilhabe und Empowerment ermöglichen**

Termin: 16. September

Ort: online

Info:

Forum der Kulturen Stuttgart e. V.

Marktplatz 4

70173 Stuttgart

Tel.: 07 11 / 24 84 80 80

diversity@forum-der-kulturen.de

<https://www.forum-der-kulturen.de/alle-terme/>

■ **Demokratiegefährdung durch religiösen Fanatismus – Was zieht Menschen in den religiösen Extremismus**

Termin: 16. September

Ort: online

Info:

anmeldung@fight4democracy.de

orga@fight4democracy.de

<http://fight4democracy.de/>

■ **Online-Workshop: Jugendarbeit mit Geflüchteten, Migrant:innen und Asylbewerber:innen in Zeiten von Corona**

Termin: 17. bis 18. September
Ort: online

Info:
Jugend für Europa
Katharina Erbes, Programmreferentin Erasmus+ Jugend
Tel.: 02 28 / 95 06 22 4
erbes@jfemail.de
<https://tinyurl.com/77e8arpj>

■ **Fachtag: „Rassismuskritisch denken“**

Termin: 21. September
Ort: wird noch bekannt gegeben

Info:
Demokratie leben!
Fach-und Koordinierungsstelle
Himmelgeister Str. 113
40225 Düsseldorf
info@demokratie-duesseldorf.de
<https://tinyurl.com/pn8wb6bd>

■ **Online-Veranstaltung: Zwischen Radikalisierung und Normalisierung: Die AfD und ihre digitalen Helfernetzwerke**

Termin: 21. September
Ort: online

Info:
Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V.
Rennweg 60
90489 Nürnberg
Tel.: 09 11 / 54 05 59 34
info@isfbb.de
https://www.isfbb.de/Termine-2021_index23.htm

■ **Workshop: Selbstermächtigung mit stop motion**

Termin: 25. bis 26. September
Ort: Hamburg

Info:
Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Eidelstedter Weg 64
20255 Hamburg
Tel.: 04 0 / 44 69 38
hamburg@verband-binationaler.de
<https://tinyurl.com/4m88kvdn>

■ **Fortbildung: How to share my Power?! EMPOWERmentorientierte Jugendarbeit**

Termin: 29. September
Ort: Essen

Info:
Filiz Şirin
Bildungsreferentin &PR & Social Media
Limbecker Platz 7
45127 Essen
Tel.: 02 01 / 18 50 88 15
filiz.sirin@gender-nrw.de
https://www.gender-nrw.de/home_new/fuma-fortbildungen/empowerment/

■ **Onlineveranstaltung: Rechte Mädchen***

Termin: 30. September
Ort: online

Info:
LAGM*A NRW
Robertstraße 5a
42107 Wuppertal
Tel.: 02 02 / 75 95 04 6
lag@maedchenarbeit-nrw.de
<https://maedchenarbeit-nrw.de/rechte-maedchen/>

■ **Jugendkongress des Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt**

Termin: 30. September bis 3. Oktober
Ort: Berlin

Info:
Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt
Friedrichstraße 50
10117 Berlin
Tel.: 03 0 / 25 45 04 46 6
buendnis@bpb.bund.de
<https://tinyurl.com/d9ybw2x2>

■ **Onlineringvorlesung: Rassismuskritische (Fach)Didaktik**

Termin: 4. & 26. Oktober
Ort: online

Info:
Netzwerk rassismuskritischer Schulpädagogik
<https://tinyurl.com/3s93u3rb>

■ **Workshop: Interkulturell kompetent und demokratisch fit**

Termin: 1. bis 3. Oktober
Ort: Bochum

Info:
Stiftung Mitarbeit
Ellerstr. 67
53119 Bonn
02 28 / 60 42 40
Dr. Sybille De La Rosa
Tel.: 02 28 / 60 42 41 3
delarosa@mitarbeit.de
info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

■ **Fachgespräch: Vergessen, verdrängt und doch aktuell: Kolonialgeschichte**

Termin: 9. Oktober
Ort: Soest oder Online

Info:
Tagungsstätte Soest
Feldmühlenweg 15
59494 Soest
info@soziale-verteidigung.de
<https://soziale-verteidigung.de/termin/vergessen-verdrangt-aktuell-kolonialgeschichte>

■ **Fachtag: Das rechte Wohl des Kindes**

Termin: 14. Oktober
Ort: Halle (Saale)

Info:
Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
anmeldung@miteinander-ev.de
www.miteinander-ev.de
<https://tinyurl.com/74xadpbs>

■ **Workshop: Wirksam werden – Kampagnenplanung**

Termin: 15. bis 16. Oktober
Ort: Verden (Aller)

Info:
Stiftung Mitarbeit
Ellerstr. 67
D-53119 Bonn
Tel.: 02 28 / 60 42 40
info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
<https://tinyurl.com/ecuvjve2>

■ **Seminar: Die eigene ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit und ihre Perspektiven im gesellschaftlichen und politischen Kontext**

Termin: 15. bis 17. Oktober

Ort: Bonn

Info:

Damian Jordan

Landesbüro NRW

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Tel.: 02 28 / 88 37 20 9

Damian.Jordan@fes.de

Anmeldung.lbnrw@fes.de

<https://tinyurl.com/zxhndcc>

■ **Jugendleiter:innenausbildung für Engagierte in Organisationen junger Menschen mit Migrationsgeschichte**

Termin: 19. bis 23. Oktober

Ort: Kassel

Info:

Hessischer Jugendring

Ansprechpartner: David Funk

Projektbüro

Bleichstraße 11

65183 Wiesbaden

Tel.: 06 11 / 99 083 18

funk@hessischer-jugendring.de

www.zusammen.wachsen.jetzt

<https://tinyurl.com/472zaetf>

■ **dbb Jugend IDEENCAMPUS „Extrem menschlich“**

Termin: 21. Oktober 2021

Ort: Berlin

Info:

dbb jugend (Bund)

Friedrichstraße 169

10117 Berlin

Telefon 030. 40 81 - 57 51

Telefax 030. 40 81 - 57 99

E-Mail: info.dbbj@dbb.de

<https://www.dbb-jugend.de/events/ideencampus-extrem-menschlich.html>

In unserer Rubrik „Feier- & Gedenktage“ geben wir einen Ausblick auf die kommenden zwei Monate. Erläuterungen zu jedem Ereignis und eine Legende zu den einzelnen Symbolen finden sich auf unserer Website unter <https://www.idaev.de/researchetools/feier-und-gedenktage> oder in unserem **Wandkalender** unter <https://tinyurl.com/y4I5ndt9>. Wir freuen uns über Hinweise auf weitere Feier- & Gedenktage der Migrationsgesellschaft an info@IDAev.de.

SEPTEMBER

01	Antikriegstag
02	
03	
04	
05	
06	
07	
08	
09	
10	
11	
12	Tag der Vereinten Nationen für die Süd-Süd-Zusammenarbeit
13	
14	
15	Internationaler Tag der Demokratie
16	
17	Ausschreitungen in Hoyerswerda
18	
19	
20	Weltkindertag
21	Internationaler Friedenstag
22	
23	
24	
25	
26	
27	
28	
29	
30	
31	

OKTOBER

01	Internationaler Tag der älteren Menschen
02	Internationaler Tag der Gewaltlosigkeit
03	
04	
05	
06	
07	
08	
09	Anschlag in Halle (Saale)
10	
11	Internationaler Mädchentag
12	
13	
14	
15	Jom Kippur
16	
17	Internationaler Tag für die Beseitigung der Armut
18	
19	
20	
21	
22	
23	
24	Tag der Vereinten Nationen
25	
26	Welttag der Intersexualität
27	
28	
29	
30	
31	Halloween / Tag der Toten

Legende

- Muslimische Feier- und Gedenktage
- Hinduistische Feier- und Gedenktage
- Jüdische Feier- und Gedenktage
- Christliche Feier- und Gedenktage
- Buddhistische Feier- und Gedenktage
- ▲ Feier- und Gedenktage von Sinti:zze und Rom:nja
- ▲ Kurdische Feier- und Gedenktage
- ▲ Alevitische Feier- und Gedenktage
- ▲ Feier- und Gedenktage der Bahai
- ▲ Ezidische Feier- und Gedenktage
- Feier- und Gedenktage Schwarzer Menschen
- Feier- und Gedenktage von LSBT*IQ
- Feier- und Gedenktage von Frauen
- Feier- und Gedenktage von Menschen mit Behinderung
- Feier- und Gedenktage bzgl. des Lebensalters
- ▼ Gedenktage bzgl. des Nationalsozialismus
- ▼ Gedenktage gegen Rechtsextremismus
- ▼ Gedenktage gegen Rassismus
- ▼ Feier- und Gedenktage für Menschenrechte/Demokratie
- ▼ Feier- und Gedenktage der deutschen Migrationsgeschichte
- Sonstige humanitäre internationale Feier- und Gedenktage
- Sonstige besondere Tage

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Jana Baumeister, Dyana Rezene, Birthe Ketelsen V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952

Datenschutz

Wir haben zum Versenden der Infomail Ihre E-Mailadresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert. Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen die Infomail zukommen zu lassen.

Wenn Sie die Infomail nicht mehr von uns erhalten möchten, können Sie diese jederzeit abbestellen, indem Sie uns eine formlose E-Mail an Info@IDAeV.de senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen. Alternativ können Sie sich unter <https://www.idaev.de/publikationen/infomail/abonnement/> vom Abonnement abmelden.